

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<h2 style="text-align: center;">Wahlprüfsteine der Buddhistischen Religionsgemeinschaft Hamburg zur Bürgerschaftswahl am 2. März 2025</h2>		
<p>1. Über die religiöse Ausrichtung der Bevölkerung gibt es in Deutschland keine belastbaren statistischen Daten. Was halten Sie davon, bei künftigen Volkszählungen die Frage nach der Konfession (Mit welcher Religion oder Konfession identifizieren Sie sich, unabhängig von der formalen Mitgliedschaft in einer Organisation?) in den verbindlichen Fragenkatalog aufzunehmen?</p>		
SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>Die Aufnahme der Frage nach der religiösen Identifikation in zukünftige Volkszählungen in Deutschland ist aus mehreren Gründen kritisch zu betrachten. Ein zentraler Punkt ist der Datenschutz und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, ... Die Erhebung sensibler Daten wie der religiösen Zugehörigkeit würde dieses Grundrecht berühren. Zudem gab es bereits bei früheren Zensusvorbereitungen datenschutzrechtliche Bedenken, beispielsweise durch die Zusammenführung personenbezogener Daten ohne ausreichende Anonymisierung. ... Hinzu kommt, dass bereits durch andere Erhebungen, wie Kirchenstatistiken oder Studien des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, ausreichend Daten zur religiösen Zusammensetzung der Bevölkerung vorliegen. Diese ermöglichen es, ohne zusätzliche Befragungen ein realistisches Bild der religiösen Landschaft in Deutschland zu zeichnen. Insgesamt überwiegen die datenschutzrechtlichen Bedenken und die potenzielle Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit die möglichen Vorteile einer solchen Datenerhebung. Daher erscheint es nicht sinnvoll, die Frage nach der religiösen Identifikation in den verbindlichen Fragenkatalog künftiger Volkszählungen aufzunehmen.</p>	<p>Wir Grüne Hamburg stehen für eine offene Gesellschaft, die religiöse Vielfalt und Weltanschauungen gleichermaßen wertschätzt. Religion ist für viele Menschen ein bedeutendes Identitätsmerkmal. Unsere Welt ist jedoch pluralistischer und dynamischer geworden – auch in Bezug auf Religion. Viele Menschen identifizieren sich nicht mehr klar mit einer Kategorie, wechseln zwischen Glaubensüberzeugungen oder sind konfessionsfrei. Eine verpflichtende Erfassung der Religionszugehörigkeit, wie sie früher im Melderegister möglich war oder zuletzt 2011 im Zensus abgefragt wurde, wird dieser Dynamik nicht gerecht. Wir begrüßen daher die Entscheidung, diese verpflichtende Abfrage im Zensus 2022 nicht mehr aufzunehmen, da sie die informationelle Selbstbestimmung schützt. Stattdessen plädieren wir für freiwillige und anonymisierte Umfrageformate und Forschungsprojekte, die den Datenschutz wahren und die Vielfalt der Religionen sichtbar machen können, ohne das Vertrauen der Bürger*innen zu gefährden.</p>	<p>Religion und religiöse Zugehörigkeiten sind eine persönliche Entscheidung, die auch der Staat nicht zwingend im Rahmen einer Volkszählung erfahren muss.</p>

Linke	AfD	FDP	Volt
1. Über die religiöse Ausrichtung der Bevölkerung gibt es in Deutschland keine belastbaren statistischen Daten. Was halten Sie davon, bei künftigen Volkszählungen die Frage nach der Konfession (Mit welcher Religion oder Konfession identifizieren Sie sich, unabhängig von der formalen Mitgliedschaft in einer Organisation?) in den verbindlichen Fragenkatalog aufzunehmen?			
Linke	AfD	FDP	Volt
<p>Eine verbindliche Offenlegung über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft lehnen wir ab.</p>		<p>Diese Forderung unterstützen wir. Sie steht jedoch nicht explizit in unserem Programm.</p>	<p>Volt setzt sich für eine klare Trennung von Staat und Religion (laizistischer Staat) nach französischem Vorbild ein. Die Erfassung von Religionszugehörigkeiten über Volkszählungen sehen wir skeptisch. Stattdessen können betroffene Gruppen und Körperschaften eigenverantwortlich und unabhängig belastbare Daten erheben.</p>

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
2. Gehört der Buddhismus zu Hamburg?		
SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>Ja, der Buddhismus gehört zu Hamburg. Die Stadt ist bekannt für ihre religiöse und kulturelle Vielfalt, und der Buddhismus hat hier einen festen Platz. Es gibt zahlreiche buddhistische Zentren, die verschiedenen Traditionen wie dem tibetischen, zen-buddhistischen oder theravada-buddhistischen Ansatz folgen. Diese Gemeinschaften bieten spirituelle Praxis, Meditation und Veranstaltungen an, die nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für Interessierte offen sind. Zusätzlich gibt es in Hamburg auch wissenschaftliche Einrichtungen wie das Numata-Zentrum für Buddhismuskunde, die sich intensiv mit der buddhistischen Lehre und Kultur beschäftigen. Auch im interreligiösen Dialog ist der Buddhismus vertreten, was seine Bedeutung für die gesellschaftliche Vielfalt der Stadt unterstreicht. Insgesamt trägt der Buddhismus in Hamburg zur kulturellen und spirituellen Landschaft bei und ist ein Teil der urbanen Identität der Stadt.</p>	<p>Ja, der Buddhismus gehört zu Hamburg. Die Hansestadt ist mit über 120 Glaubensgemeinschaften ein Ort der religiösen Vielfalt und eine Hochburg des Buddhismus in Europa. Die Buddhistischen Religionsgemeinschaft Hamburg, die sich im Interreligiösen Forum engagiert, vereint zahlreiche Gruppen und trägt aktiv zu Seelsorge, Integration und Sterbebegleitung bei – ein wichtiger Beitrag zur Hamburger Stadtgesellschaft. 1906 entstand in Hamburg die erste buddhistische Gemeinschaft in Deutschland. Heute gibt es hier über 50 Zentren und Gruppen aller großen Traditionen, getragen von asiatischen und deutschen Anhänger*innen. Der Dalai Lama war bereits sechs Mal zu Besuch und würdigte Hamburgs Bedeutung im interreligiösen Dialog. Wir GRÜNE Hamburg setzen uns dafür ein, die Repräsentanz des Buddhismus zu stärken – etwa durch eine Verankerung des Buddhismus in der Forschung und Lehre an der Universität Hamburg.</p>	<p>Selbstverständlich.</p>

Linke	AfD	FDP	Volt
2. Gehört der Buddhismus zu Hamburg?			
Linke	AfD	FDP	Volt
<p>Selbstverständlich gehört der Buddhismus zu Hamburg wie alle weiteren Religionsgemeinschaften, die in gegenseitiger Anerkennung von religiösen sowie nicht-religiösen Menschen agieren.</p>		<p>Ja; wie jede andere Religion auch, die hier friedlich und auf dem Boden des Grundgesetzes praktiziert wird.</p>	<p>Ja, der Buddhismus gehört zu Hamburg. Volt unterstützt die im Grundgesetz verankerte Bekenntnisfreiheit. Mit über 20.000 Buddhist*innen und rund 50 buddhistischen Organisationen trägt der Buddhismus zur Vielfalt und zum Gemeinwohl unserer weltoffenen Stadt bei. Unabhängig von ihrer historischen oder jüngeren Präsenz hat jede Religion im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Ordnung einen Platz in Hamburg, und Volt begrüßt und unterstützt diese Vielfalt ausdrücklich.</p>

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>3. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat bisher öffentlich-rechtliche Verträge (Staatsverträge) mit der evangelisch-lutherischen Nordkirche, der katholischen Kirche, der jüdischen und der alevitischen Gemeinde sowie muslimischen Dachverbänden geschlossen.</p> <p>a. Sollten diese Verträge aufgelöst, unverändert beibehalten oder modifiziert werden?</p> <p>b. Sollten vergleichbare Verträge auch mit anderen Religionsgemeinschaften oder Dachverbänden geschlossen werden?</p> <p>c. Wenn ja, mit wem oder nach welchen Kriterien?</p>		
SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>3a. Die Staatsverträge der Freien und Hansestadt Hamburg mit den evangelisch-lutherischen, katholischen, jüdischen, alevitischen und muslimischen Religionsgemeinschaften haben sich als wertvolle Instrumente für den interreligiösen Dialog und die gesellschaftliche Integration erwiesen. Insbesondere die Verträge mit den muslimischen Verbänden wurden 2024 evaluiert, um ihre Wirksamkeit zu überprüfen und mögliche Verbesserungen zu identifizieren. Wir befürworten die Beibehaltung und Weiterentwicklung dieser Verträge. ...</p>	<p>3a. Die Verträge mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften in Hamburg haben sich als stabile Grundlage für den Dialog und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewährt. Wir Grüne Hamburg setzen uns für ihre Beibehaltung ein.</p>	<p>3a. Die CDU möchte den Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden aussetzen. Die Vorkommnisse rund um die radikale Blaue Moschee und die unerträglichen Aussagen einiger Vertragspartner machen eine Zusammenarbeit unmöglich. Vertragspartner der Stadt kann nur werden, wer unzweifelhaft auf dem Boden des Grundgesetzes steht und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigt.</p>

Linke	AfD	FDP	Volt
<p>3. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat bisher öffentlich-rechtliche Verträge (Staatsverträge) mit der evangelisch-lutherischen Nordkirche, der katholischen Kirche, der jüdischen und der alevitischen Gemeinde sowie muslimischen Dachverbänden geschlossen.</p> <p>a. Sollten diese Verträge aufgelöst, unverändert beibehalten oder modifiziert werden?</p> <p>b. Sollten vergleichbare Verträge auch mit anderen Religionsgemeinschaften oder Dachverbänden geschlossen werden?</p> <p>c. Wenn ja, mit wem oder nach welchen Kriterien?</p>			
<p>3a. Wir plädieren für eine Beibehaltung mit einer regelmäßigen Evaluierung. Die vergangenen Senate (auch unter CDU-Führung) haben sich für diesen Weg entschieden. Hier abrupt Änderungen herbeizuführen, halten wir für schädlich.</p>		<p>3a. Die FDP ist gegen Staatsverträge mit religiösen Gemeinschaften. Staat und Religion sind zu trennen.</p>	<p>3a. Volt erkennt die gewachsenen Strukturen der bestehenden Staatsverträge an. Diese sollten jedoch im Laufe der Zeit an aktuelle Gegebenheiten angepasst oder langfristig aufgelöst werden. Ziel ist ein schrittweiser Rückzug des Staates aus religiösen Belangen im Sinne eines neutralen Staatsverständnisses.</p>

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>3b. Die Staatsverträge mit den christlichen Kirchen und muslimischen Verbänden in Hamburg basieren auf langjährigen Beziehungen, klaren Strukturen und einer breiten gesellschaftlichen Verankerung dieser Organisationen. Die buddhistischen Gemeinschaften leisten zweifellos einen wichtigen Beitrag zur religiösen Vielfalt in Hamburg. Allerdings sind Staatsverträge nicht nur Ausdruck von Anerkennung, sondern erfordern auch spezifische rechtliche und organisatorische Voraussetzungen, wie etwa die Gewähr der Dauerhaftigkeit und klare Vertretungsstrukturen, um verbindliche Absprachen zu ermöglichen. Hier gibt es derzeit noch offene Fragen. Unser Ziel bleibt es, den interreligiösen Dialog zu stärken und die Vielfalt in Hamburg zu fördern. In diesem Sinne setzen wir auf gute Zusammenarbeit mit allen Gemeinschaften – auch ohne förmliche Verträge. Es ist uns wichtig, den Beitrag jeder Gemeinschaft anzuerkennen und gleichzeitig sicherzustellen, dass staatliche Vereinbarungen auf einer belastbaren Grundlage stehen.</p> <p>3c. /</p>	<p>3b. Wir unterstützen den Abschluss vergleichbarer Verträge mit weiteren Religionsgemeinschaften, um die Gleichbehandlung aller Religionen zu gewährleisten.</p> <p>3c. Voraussetzung dafür sind verbandsähnliche Strukturen, eine dauerhafte Präsenz in Hamburg und ein aktives Engagement für gesellschaftliches Miteinander. Entscheidend sind Werte wie Demokratie, interreligiöser Dialog und die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.</p>	<p>3b. Die CDU steht diesen Überlegungen offen gegenüber. Für uns ist entscheidend, dass alle Partner der Stadt zu unserer Verfassung stehen.</p> <p>3c. Partner in Staatsverträgen sind verpflichtet, sich uneingeschränkt zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und unserer freien Art zu leben zu bekennen.</p>

Linke	AfD	FDP	Volt
3b. Ja, dies sollte prinzipiell möglich sein.		3b. Nein	3b. Volt spricht sich gegen den Abschluss weiterer Staatsverträge aus. Stattdessen sollte die Stadt Hamburg ihren Fokus auf die Trennung von Staat und Religion legen.
3c. Dies sollte maßgeblich unter denselben Voraussetzungen erfolgen wie bei den bereits geschlossenen Verträgen.			3c. Das Neutralitätsgebot des Staates wird durch Verträge mit einigen, aber nicht allen Religionsgemeinschaften möglicherweise verletzt, wobei Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkte hier zu berücksichtigen sind. Statt diese Ungleichbehandlung durch weitere Verträge zu verstärken, plädiert Volt für einen schrittweisen Rückzug des Staates aus religiösen Belangen.

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>4. In Hamburg wird ein „Religionsunterricht für alle“ unabhängig von der Religionszugehörigkeit der Schülerinnen und Schüler angeboten.</p> <p>a. Finden Sie diesen Ansatz richtig oder sollte der Religionsunterricht nach Konfessionen getrennt stattfinden?</p> <p>b. Wie positioniert sich Ihre Partei zur Einbindung weiterer Religionsgemeinschaften in die Gestaltung des Religionsunterrichts für alle (RUfa)? Wenn Sie dies positiv sehen - welche Schritte würden Sie unternehmen, um sicherzustellen, dass weitere Gemeinschaften aktiv und gleichberechtigt an der Erstellung der Bildungspläne für den Religionsunterricht beteiligt werden? Sollte die Buddhistische Religionsgemeinschaft Hamburg den „Religionsunterricht für alle“ gleichberechtigt mitverantworten können?</p> <p>c. Wie steht Ihre Partei dazu, die Erteilung der Lehrerlaubnis für das Fach Religion unabhängig von der Zustimmung der zurzeit zuständigen Religionsgemeinschaften zu ermöglichen, um Menschen unterschiedlicher religiöser und nicht-religiöser Weltanschauungen mit fachlicher Qualifikation gleichermaßen die Lehrtätigkeit zu erlauben? Unterstützen Sie das Ziel eines Religionsunterrichts 'von allen für alle', und wenn ja welche konkreten Maßnahmen würden Sie dafür umsetzen?</p>		
SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>4a. Bei den globalen Spannungen ... ist es geboten, Spaltungen zu überwinden, Gemeinsamkeiten zu finden und Brücken zu bauen. Hamburg ist mit seinem interreligiösen Dialog und dem „Religionsunterricht für alle“ ein Paradebeispiel dafür, wie dies gelingen kann. Nur wer miteinander spricht, kann sich verstehen, Vorurteile abbauen und Probleme angehen. Das gute Miteinander der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Hamburg ist beispielhaft und der „Religionsunterricht für alle“ ein besonderer Ausdruck dessen. Wir wollen, dass jedes Kind, das in Hamburg zur Schule geht, von Anfang an erfährt, dass Kooperation und Diskurs Selbstverständlichkeiten sind und Vielfalt und Andersartigkeit etwas Gutes ist, ...</p>	<p>4a. Wir Grüne Hamburg unterstützen den Religionsunterricht „für alle“ (RUfa), da er eine einzigartige Möglichkeit bietet, Kinder unterschiedlicher Glaubensrichtungen und auch nicht-religiöse Kinder gemeinsam über religiöse und weltanschauliche Themen ins Gespräch zu bringen. Der RUfa fördert durch Begegnung und Austausch Toleranz, gegenseitiges Verständnis und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine Trennung nach Konfessionen würde die integrative Wirkung dieses Unterrichts untergraben und könnte die Bildung von Parallelgesellschaften fördern.</p>	<p>4a. Die CDU befürwortet den „Religionsunterricht für alle“. Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler über alle Religionen informiert werden und diskutieren können.</p>

Linke	AfD	FDP	Volt
<p>4. In Hamburg wird ein „Religionsunterricht für alle“ unabhängig von der Religionszugehörigkeit der Schülerinnen und Schüler angeboten.</p> <p>a. Finden Sie diesen Ansatz richtig oder sollte der Religionsunterricht nach Konfessionen getrennt stattfinden?</p> <p>b. Wie positioniert sich Ihre Partei zur Einbindung weiterer Religionsgemeinschaften in die Gestaltung des Religionsunterrichts für alle (RUfa)? Wenn Sie dies positiv sehen - welche Schritte würden Sie unternehmen, um sicherzustellen, dass weitere Gemeinschaften aktiv und gleichberechtigt an der Erstellung der Bildungspläne für den Religionsunterricht beteiligt werden? Sollte die Buddhistische Religionsgemeinschaft Hamburg den „Religionsunterricht für alle“ gleichberechtigt mitverantworten können?</p> <p>c. Wie steht Ihre Partei dazu, die Erteilung der Lehrerlaubnis für das Fach Religion unabhängig von der Zustimmung der zurzeit zuständigen Religionsgemeinschaften zu ermöglichen, um Menschen unterschiedlicher religiöser und nicht-religiöser Weltanschauungen mit fachlicher Qualifikation gleichermaßen die Lehrtätigkeit zu erlauben? Unterstützen Sie das Ziel eines Religionsunterrichts 'von allen für alle', und wenn ja welche konkreten Maßnahmen würden Sie dafür umsetzen?</p>			
Linke	AfD	FDP	Volt
<p>4a. Ja, denn so erfahren Schüler:innen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden und können von eigenen Erfahrungen berichten. Religion wird so nicht als etwas Separierendes empfunden und das gegenseitige Verständnis, ob religiös oder nicht-religiös, kann gefördert werden.</p>		<p>4a. Dieser Ansatz ist richtig.</p>	<p>4a. Religionsunterricht, der der Unterweisung von Religionsangehörigen dient, sollte nicht in staatlichen Schulen stattfinden. Volt befürwortet stattdessen einen verpflichtenden Ethik- und Werteunterricht, der weltanschaulich neutral gestaltet ist. De facto wird in Hamburgs Schulen bereits ein religionsvergleichender Ansatz praktiziert, der Schülern Einblicke in verschiedene Religionen bietet. Dies kann auch durchaus durch praktizierende Mitglieder der jeweiligen Religion passieren.</p>

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>4b. Die SPD Hamburg steht der Einbindung weiterer Religionsgemeinschaften in die Gestaltung des „Religionsunterrichts für alle“ (RUfa) grundsätzlich positiv gegenüber. Dieser Unterricht soll Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit zusammenführen und Werte wie Toleranz, Respekt und interkulturelles Verständnis fördern. Um Religionsunterricht im Sinne von Art. 7 Abs. 3 GG gemeinsam mit dem Staat zu verantworten, müssen Gemeinschaften bestimmte, vom Bundesverwaltungsgericht festgelegte formale Kriterien erfüllen. Dazu zählen zum Beispiel eine ausreichend große Mitgliedschaft, die Gewähr von dauerhafter Stabilität, eine ausreichende Organisiertheit und v. a. den Charakter einer Religionsgemeinschaft, die die religiösen Inhalte der jeweiligen Gemeinschaft und ihrer Mitglieder gegenüber dem Staat verbindlich formulieren kann. ... Wenn diese Kriterien erfüllt sind, ist eine Einbindung weiterer Religionsgemeinschaften positiv zu bewerten. Der Buddhismus ist schon heute Teil der Hamburger Bildungspläne. Der Religionsunterricht für alle in Hamburg ist ein überkonfessioneller Unterricht, mit einem diskursiven, informativen nicht konfessionellen Ansatz.</p>	<p>4b. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Buddhistische Religionsgemeinschaft Hamburg den RUfa gleichberechtigt mitverantworten kann. Als wichtiger Teil der religiösen Vielfalt in unserer Stadt sollte sie stärker in die Entwicklung der Inhalte eingebunden werden. Dies würde den Unterricht bereichern und die Gleichberechtigung der verschiedenen Religionen unterstreichen.</p>	<p>4b. Der Buddhismus ist eine Weltreligion und hat weltweit ca. 450 Millionen Anhänger in der ganzen Welt. Wir stehen der Einbindung in die Gestaltung des „Religionsunterrichts für alle“ offen gegenüber.</p>

Linke	AfD	FDP	Völk
<p>4b. Die Implementierung des RuFAs 2.0 ist ein langer Prozess, der auch u.a. mit der Neu-Einführung von Studiengängen verbunden ist. Prinzipiell sollte eine Mitverantwortung auch der Buddhistischen Gemeinde ermöglicht werden. Hierfür sollten zunächst Gespräche seitens des Senats aufgenommen werden.</p>		<p>4b. Dazu haben wir keine programmatischen Aussagen.</p>	<p>4b. Eine Einbindung einzelner Religionsgemeinschaften wäre nur gerecht, wenn alle Gemeinschaften im Verhältnis zu Ihrer Abbildung in der Gesellschaft berücksichtigt würden, was praktisch schwer umsetzbar ist. Völk setzt sich daher für die Abschaffung des Religionsunterrichts und die Einführung eines einheitlichen Ethik- und Werteunterrichts ein.</p>

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>c. Der Religionsunterricht in Deutschland ist eine Besonderheit im Bildungswesen, da er in gemeinsamer Verantwortung der Religionsgemeinschaften und dem Staat erteilt wird. Es gibt diverse höchstrichterliche Urteile, die sagen, dass dies sowohl mit Blick auf die Inhalte als auch mit Blick auf das Personal gilt. Religionslehrkräfte werden deswegen durch die jeweilige Religionsgemeinschaft beauftragt. In welcher Form diese Beauftragung erfolgt, ist Sache der Religionsgemeinschaft(en), ... Die Stadt Hamburg kann also nicht einseitig eine Änderung herbeiführen, weil sie damit in die durch die Verfassung geschützten Rechte der Religionsgemeinschaften eingreifen würde. Dennoch engagiert sich die Stadt Hamburg dafür, dass die entsprechenden Lehrkräfte in Hamburg ausgebildet werden können. So stärken wir unter anderem die Studiengänge und Lehrstühle für evangelische und katholische Theologie sowie für jüdische, alevitische und islamische Religionslehre an der Universität.</p>	<p>4c. Wir Grüne Hamburg setzen uns dafür ein, dass der Religionsunterricht künftig nicht mehr ausschließlich von Personen unterrichtet wird, die mit Religionsgemeinschaften mit Staatsvertrag verbunden sind. Vielmehr sollte die Lehrberechtigung an die fachliche Qualifikation geknüpft werden, unabhängig von der Zustimmung einer Religionsgemeinschaft. Unser Ziel ist ein Religionsunterricht „für alle von allen“. Das bedeutet, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens und ebenso konfessionsfreie Menschen das Fach Religion unterrichten können. Dadurch wird die Vielfalt im Unterricht gestärkt, und kritische sowie nicht-religiöse Perspektiven können gleichberechtigt einbezogen werden. Voraussetzung dafür ist eine fundierte und erweiterte Ausbildung der Religionslehrkräfte, die alle relevanten Glaubensrichtungen und Weltanschauungen umfasst.</p>	<p>4c. Wir fordern eine Ausbildung von Religionsvertretern in Hamburg, die unabhängig ist von ausländischen Regierungen und deren Beeinflussung. Wir wollen eine gemeinsame „Respekt-Kampagne“ ins Leben rufen, ein breites Bündnis für gelebte Werte im Alltag. Daran wollen wir Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sportvereine, Verbände und Medien beteiligen. In diesem Rahmen kann auch über den Einsatz dieser Personen in Bildungseinrichtungen gesprochen werden.</p>

Linke	AfD	FDP	Volt
<p>4c. Prinzipiell sollten auch nicht-religiöse Lehrer:innen den Religionsunterricht für alle erteilen dürfen. Wenn davon ausgegangen wird, dass Lehrer:innen mit Zustimmung von einzelnen Religionsgemeinschaften fachlich-adäquat über andere Religionen unterrichten können, sollte dies auch nicht-religiösen Lehrer:innen zugetraut werden. Der Mangel an Religionslehrer:innen ist hierbei auch ein zu erwähnender Faktor.</p>		<p>4c. Dazu haben wir keine programmatischen Aussagen.</p>	<p>4c. Eine gerechte Einbindung einzelner Religionsgemeinschaften würde erfordern, alle Gemeinschaften entsprechend ihrer gesellschaftlichen Repräsentation zu berücksichtigen, was praktisch kaum umsetzbar ist. Volt plädiert daher für die Abschaffung des Religionsunterrichts zugunsten eines einheitlichen Ethik- und Werteunterrichts.</p>

SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
5. Welche weiteren religionspolitischen Ziele verfolgen Sie?		
SPD	Bündnis 90 / Grüne	CDU
<p>... Ein zentrales Anliegen ist der Schutz der Religionsfreiheit als elementares Grundrecht, ... Dabei betont die SPD, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielen und der interreligiöse Dialog als Mittel zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts aktiv gefördert werden soll (...). Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung von Diskriminierung und dem Schutz religiöser Minderheiten. ... Besonders ... die Förderung jüdischen Lebens in Deutschland. Dies schließt die Sicherstellung der Sicherheit jüdischer Gemeinschaften, die Unterstützung von Gedenkstätten und Bildungsprojekten zur Erinnerung an die Shoah sowie den entschlossenen Kampf gegen Antisemitismus ein (...). Gleichzeitig setzt sich die SPD gegen jegliche Form von Extremismus ein, insbesondere gegen Islamismus. Sie betrachtet dies als eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft, die durch staatliche Maßnahmen sowie die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen unterstützt werden soll (...). Die SPD ... betont, dass religiöse Vielfalt als Bereicherung wahrgenommen werden soll, um ein friedliches, respektvolles Zusammenleben zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.</p>	<p>Wir Grüne Hamburg setzen uns für den Dialog zwischen Religionsgemeinschaften und nicht-religiösen Weltanschauungen ein und wollen diesen weiter ausbauen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Religionsunterricht für alle (RUfa) soll weiterentwickelt werden, sodass auch konfessionsfreie Perspektiven gleichberechtigt vertreten sind und Lehrkräfte unabhängig von Religionsgemeinschaften zugelassen werden können. Wir fördern die Ausbildung von Imamen in Deutschland, um Integration und interkulturelles Verständnis zu stärken, und setzen uns für die akademische Einbindung weiterer Religionen wie Buddhismus, Hinduismus und Bahaitum an der Universität Hamburg ein. Religionsgemeinschaften unterstützen wir bei der Suche nach Räumlichkeiten und setzen uns für den Ausbau religiöser und nicht-religiöser Bestattungsmöglichkeiten ein. Zudem fordern wir die Einrichtung einer Beratungsstelle zu neuen religiösen und ideologischen Gemeinschaften, um Betroffene zu schützen.</p>	<p>Wir wollen eine aufgeklärte, tolerante Gesellschaft sein. Jeder soll seine Religion ungestört und friedlich ausleben können. Für uns ist Religion Privatsache und soll es auch bleiben. Gleichzeitig stehen wir als CDU zu den christlichen Werten und Traditionen unseres Landes.</p>

Linke	AfD	FDP	Volt
5. Welche weiteren religionspolitischen Ziele verfolgen Sie?			
Linke	AfD	FDP	Volt
<p>Der interreligiöse Dialog sollte weiter gefördert und verstetigt werden. Aus unserer Sicht und bisherigen Erfahrungen gibt es einen funktionierenden interreligiösen Dialog und Austausch in Hamburg. Er ist soweit wir dies beobachten von gegenseitiger Wertschätzung der handelnden Akteur:innen geprägt und wirkt sich positiv auf die Stadtgesellschaft aus. S. beispielhaft die gemeinsame Erklärung des interreligiösen Forums nach dem 07. Oktober 2023.</p>		Keine.	<ul style="list-style-type: none"> ● Trennung von Staat und Religion: Volt strebt das Ende der historischen Staatsleistungen an Kirchen und die konsequente Umsetzung des Neutralitätsgebots an. ● Bekenntnisfreiheit: Volt steht für die freie Ausübung und das freie Verlassen religiöser Bekenntnisse sowie die Freiheit, kein religiöses Bekenntnis zu haben. ● Gleichbehandlung: Die Privilegierung bestimmter Religionsgemeinschaften widerspricht in der jetzigen Form wohl dem Neutralitätsgebot und bindet staatliche Ressourcen. Statt einer Ausweitung dieser Privilegien plädiert Volt für den Rückzug des Staates aus religiösen Angelegenheiten. ● Religiöse Symbole: Volt bekräftigt, dass religiöse Symbole keinen Platz in staatlichen Einrichtungen haben. ● Wertschätzung: Volt würdigt den kulturellen und sozialen Beitrag der Religionen unserer Stadt. Für viele Menschen sind kulturelle und religiöse Traditionen unzertrennlich miteinander verbunden – dies soll jedem Menschen möglich sein. Toleranz und gegenseitige Wertschätzung sind in unserer Stadt und überall auf der Welt essenziell für ein friedliches Miteinander in unserer vielfältigen Gesellschaft.